

NWZ, Oldenburg Artikel vom 07.01.2014

CDU gibt Gymnasiallehrern Rückenwind

Umstrittener Erlass sorgt weiterhin für Gesprächsstoff – „Erhebliche Mehrbelastung“

Die Besucher diskutierten das Thema mit der Schulleitung. Tatsächlich liege die Wochenarbeitszeit oft bei 48 Stunden.

Merle Ullrich



Protest auf Plakaten: Renate Richter, Katrin Keltsch, Joachim Böske, Karen Freund, Ansgar Focke und Kai Seefried präsentieren Poster zur Erhöhung der Unterrichtsstunden für Gymnasiallehrer. .

Bild: Merle Ullrich

Ganderkesee Ihrem Ärger Luft machten am Montag Personalrat und Elternvertretung des Gymnasiums Ganderkesee beim Besuch des Landtagsabgeordneten Ansgar Focke und des schulpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried.

Hintergrund sind die von der rot-grünen Landesregierung beschlossene Erhöhung der Unterrichtszeit für Gymnasiallehrer von 23,5 auf 24,5 Wochenstunden und das Aussetzen der Arbeitszeitverkürzung im Alter für Lehrer aller Schulformen. Focke und Seefried waren mit Schulleiterin Renate Richter, Karen Freund und Joachim Böske vom Personalrat sowie Elternvertreterin Katrin Keltsch zum Gespräch im Gymnasium zusammen gekommen.

„Ich bin es langsam müde, immer wieder erklären zu müssen, welche Bedeutung eine Unterrichtsstunde mehr tatsächlich hat“, so Freund. In der Abiturphase müssten Lehrer beispielsweise drei bis fünf Stunden allein für die Bearbeitung einer Abiturklausur aufbringen. Eine zusätzliche Unterrichtsstunde könne auch die Arbeit mit einer weiteren Klasse bedeuten, eine Stunde mehr sei für Lehrer eine erhebliche Belastung warf Seefried ein.

Mehr Transparenz

Die tatsächliche Wochenarbeitszeit für Lehrer liege häufig bei rund 48 Stunden, erklärte Focke. Er forderte eine Dokumentation der tatsächlichen Arbeitszeit. So würde mehr Transparenz geschaffen, sagte Focke. Einen entsprechenden Antrag der CDU habe die Landesregierung jedoch abgelehnt, so der Landtagsabgeordnete.

Außerdem habe sich die Arbeitszeit der Lehrer über die vergangenen Jahre bereits schleichend erhöht, sagte die Elternvertreterin Keltsch. „Die Inklusion hat eine irre Tragweite für Lehrer, das wurde alles ohne Murren mitgemacht, aber wir als Eltern verstehen, dass die Leidenschaft der Lehrer irgendwann einfach verbraucht ist“, so Keltsch.

Böske zitierte aus dem Beschluss, danach handele es sich nicht um Mehrarbeit, sondern um eine Umverteilung der Arbeitszeit. Wie aber diese Umverteilung aussehen könnte, sei nicht gesagt worden, sagte Böske.

Logische Konsequenz

Der Personalrat habe keinen Beschluss gefasst, diese Zeit in den außerschulischen Aktivitäten wie Klassenfahrten einzusparen, jedoch würden die Mitglieder versuchen, die 40-Stunden-Woche für das Kollegium zu realisieren. Dabei bestehe die Gefahr, dass Kollegen eben solche Aktivitäten wie Klassenfahrten und Ausflüge streichen würden, erklärte Freund.

Den Vorwurf, die Lehrer würden den Disput auf dem Rücken der Schüler austragen, wies Freund von sich. „Es ist weniger eine bewusste Entscheidung, als eine logische Konsequenz“, so Freund.

Bisher seien keine weiteren konkreten Proteste geplant. „Aber wir dürfen uns jetzt nicht ausruhen“, stellte Freund klar. Den Vorschlag, die tatsächliche Arbeitszeit der Lehrer zu dokumentieren wolle sie in die nächste Personalratssitzung einbringen.

"Quelle: Nordwest-Zeitung, Oldenburg"

Lesen Sie den Artikel nach unter: <http://www.nwzonline.de>